Nummer 452

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Sonnabend, 27. September 1930

Neuwahlen in Oesterreich bevorstehend.

EP Wien, 27. September.

Eine Minderheitsregierung in Oesterreich dürfte allem Anschein nach noch im Laufe des heutigen Tages gebildet werden. Die Verhandlungen, die der in Aussicht genommene Bundeskanzler Vaugoin gestern mit den bisherigen Koalitionsparteien, den Großdeutschen und dem Landbund wegen des Eintritts in die Regierung geführt hat, haben sich zerschlagen. Die Großdeutschen haben in entschiedener Form die Teilnahme an einer Regierung Vaugoin abgelehnt. Sie haben auch zum Ausdruck gebracht, daß eine christlich-soziale Minderheitsregierung nicht auf ihre Unterstützung zählen könne. Eine ähnliche Haltung nimmt der Landbund ein. Angesichts dieser Tatsache wird Vaugoin nichts anderes übrig bleiben, als eine aus christlich-sozialen Parteiangehörigen zusammengesetzte Minderheitsregierung zu bilden, in der dem Vernehmen nach der frühere Bundeskanzler Seipel die Stelle eines Außenministers bekleiden soll.

Daß angesichts der gegenwärtigen innerpolitischen Verhältnisse in Oesterreich eine Minderheitsregierung auf die Dauer nicht wird regieren können, darüber sind sich die Blätter aller Parteien einig. So ist man auch der Ansicht, daß die einzig durchführbare Aufgabe eines solchen Minderheitskabinetts die sofortige Durchführung von Neuwahlen zum Parlament sein wird. Die christlichsoziale „Reichspost" vertritt gleichfalls diese Meinung und ist der Ansicht, daß es zwecklos wäre, mit einer Minderheitsregierung die letzten Monate der Legislaturperiode zu verzetteln. Sie fordert die baldige Ausschreibung von Neuwahlen und ergeht sich dabei in Angriffen gegen die bisherigen Koalitionsgenossen, die Großdeutschen und den Landbund. Diese ihrerseits werfen den Christlichsozialen Bruch des Koalitionspaktes vor.

Man darf unter diesen Umständen gespannt sein, in welcher Form die Parteien in den Wahlkampf eintreten werden. Bei den letzten Wahlen haben bekanntlich die Christlichsozialen und die Großdeutsche Volkspartei auf einer Einheitsliste kandidiert, was wohl diesmal nicht möglich sein wird. Man spricht vielfach von einer Vereinigung der bürgerlichen Parteien der Mitte unter Führung Schobers zu einer neuen Staatspartei.

Die „würdige" Kundgebung.

Prag, 27. September.

Der Prager Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung folgende Entschließung gefaßt: Der Stadtrat begrüßt die würdigen Kundgebungen der Bürger zum Schutze des slawischen Charakters Prags. Der Stadtrat bedauert aber, daß die würdigen Kundgebungen des ersten Tages durch die Schuld einiger unverantwortlicher Faktoren zu Straßenhandlungen ausgeartet sind, welche den guten Ruf des slawischen Prag und das Privateigentum der Bürger schädigen.

*

Diese Entschließung des Prager Stadtrats bestätigt in vollem Umfang alles, was in unserem gestrigen Artikel „Die deutschfeindlichste Stadt der Welt" gesagt wurde. Der Prager Stadtrat nimmt tatsächlich in dieser Entschließung alle antideutschen Ausschreitungen „zum Schutz des slawischen Charakters Prags" unter seine Obhut. Der Prager Stadtrat macht sich einer dummen Lüge schuldig, indem er überhaupt von dem „slawischen Charakter" spricht. Er hat die Stirn, die Kundgebungen „würdig" zu nennen. Diese Kundgebungen bestanden von der ersten Sekunde an darin, daß deutsche Schaufenster zertrümmert, Kinos gestürmt, deutsche Frauen und alle Deutschsprechenden verprügelt wurden. Auf den „guten Ruf" seiner Stadt kann der Prager Stadtrat stolz sein! Der von uns bereits an den Pranger gestellte Oberbürgermeister Dr. Baxa macht sich zum Gegenstand allgemeinen Gelächters. **Die Kundgebung des Prager Stadtrats entkleidet die entschuldigenden Worte des tschechischen Ministers Krofta jeder Bedeutung und ist geeignet, die deutsch-tschechischen Beziehungen weiter zu verschärfen.** Wann endlich ziehen alle in Betracht kommenden deutschen und preußischen Stellen, auch besonders in wirtschaftlicher Beziehung, daraus die Konsequenzen?

Finsterstes Mittelalter.

Strafverfahren gegen die Unterzeichner der Memelbeschwerde.

TU Königsberg i. Pr., 26. September.

Wie aus Memel gemeldet wird, haben sich die litauischen Behörden einen neuen Gewaltstreich geleistet. Als der Führer der Memelländischen Landwirtschaftspartei am Mittwoch ein Ausreisevisum nach Deutschland verlangte, wurde ihm dieses verweigert, nachdem ihm bereits vor zwei Monaten ein Dauervisum verweigert worden war. Als Begründung dazu erklärte ihm der litauische Gouverneur, daß nicht nur er, sondern auch die übrigen 17 Abgeordneten der Mehrheitsparteien des memelländischen Landtages, die die Genfer Beschwerde unterschrieben hätten, überhaupt keine Ausreiseerlaubnis erhalten würden, da gegen sie ein Verfahren eingeleitet sei.

Im Gegensatz hierzu stellt Artikel 15 der Memelkonvention ausdrücklich die Immunität der Abgeordneten des memelländischen Landtages sicher.

Rechtskurs in Braunschweig

Braunschweig, 27. September.

Die Verhandlungen der hinter der Bürgerlichen Einheitsliste stehenden Parteien und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Zwecke der Regierungsbildung in Braunschweig haben zu einer Einigung geführt. Die Regierung soll statt bisher drei nur noch von zwei Ministern gebildet werden. Von den Bürgerlichen wird der frühere Finanzminister Dr. Küchenthal vorgeschlagen werden. Der nationalsozialistische Ministerkandidat ist Amtsgerichtsrat Dr. Anton Franzen in Kiel. Die Kombination Bürgerlicher Block und Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei würde mit Unterstützung des einen staatsparteilichen Abgeordneten (ein Jungdeutscher) eine Mehrheit im neuen Landtag von 21 Abgeordneten gegen 19 der Sozialdemokraten und Kommunisten haben.

Die Braunschweigische Landeszeitung veröffentlicht das Programm des Bürgerlichen Blocks und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Danach fordert u. a. der Bürgerliche Block Aufstellung einer genauen Bilanz des Staatsvermögens, auf Grund deren zu prüfen ist, ob das Land Braunschweig noch als lebensfähig angesehen werden kann, Prüfung der Frage, ob die Entfernung eines sogenannten Parteibuchbeamten ohne Ruhegehalt erfolgen kann, Beseitigung der Nebenbezüge der Staatsbeamten, Aufhebung des Ministerpensionsgesetzes. Die Minister erhalten nur Uebergangsbezüge. Eine ganze Reihe Sparmaßnahmen im gesamten Staatshaushalt, u. a. Vereinfachung des Staatsministeriums, sind weitere Programmpunkte.

Von den nationalsozialistischen Forderungen ist hervorzuheben: Herabsetzung des Ministergrundgehaltes von 18 000 auf 12 000 Mark, Säuberung der Landesverwaltung von Beamten und Angestellten, die ohne besondere Vorbildung und Eignung nur auf Grund ihres Parteibuches in den Staatsdienst gekommen sind, Vereinfachung und Verbilligung der Staats- und Schulverwaltung (Aufhebung des Forschungsinstitutes für Internationale Erzeugungswissenschaft); die politische Einstellung und wirtschaftliche Führung gewährleistet die weitere Selbständigkeit des Landes Braunschweig.

Amtsgerichtsrat Dr. Franzen ist als Spitzenkandidat der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für Schleswig-Holstein in den Reichstag gewählt worden.

Die Wahl der Regierung im Landtage dürfte kommenden Mittwoch erfolgen.

*

Es ist zu begrüßen, daß in Braunschweig, entsprechend dem Wahlergebnis und den Grundprinzipien der Demokratie, der Versuch einer bürgerlichen Rechtsregierung einschließlich der Nationalsozialisten unternommen wird. Es ist zu begrüßen, weil dadurch den Nationalsozialisten die Möglichkeit gegeben wird, in der Praxis zu zeigen, was sie können. In den nächsten Wochen wird man sehen, ob der nationalsozialistische Beschluß, dem Amtsgerichtsrat Dr. Franzen die Uebernahme eines Ministeramtes in Braunschweig zu gestatten, grundsätzliche Bedeutung auch für das Reich hat oder nicht. Wir möchten annehmen, daß die Nationalsozialisten sich ihrer Pflicht gerade im Reiche nicht entziehen werden, müssen aber gleichzeitig der Erwartung Ausdruck geben, daß sie die Methoden ihrer Agitation teilweise einer gründlichen Revision unterziehen müßten. Auf der gestrigen, von den Nationalsozialisten einberufenen Versammlung abgebauter Angestellter der Berliner Verkehrsgesellschaft haben bekannte Nationalsozialistenführer zum Streik aufgefordert, sie haben ihr Publikum aufgehetzt, am 2. Oktober die Straßenbahnwagen und Autobusse anzuhalten und zu zertrümmern, das Fahrpersonal und das fahrende Publikum zu „verdreschen", sie haben ihre volle Sympathie mit den Kommunisten kundgetan und haben sich zu Verhandlungen mit den Kommunisten zwecks Inszenierung eines Streiks bereiterklärt. Auch wir bekämpfen die sozialdemokratische Wirtschaft bei der BVG. aufs schärfste, aber das sind doch Methoden und Phrasen, die durchaus „sozialistisch", aber nicht „national" sind. Das sind Rückfälle in den „Proletenkult", von dem sich die Nationalsozialisten offen und entschieden trennen müssen, wenn sie Mitglieder einer Rechtsregierung sein werden.

Paris und London zu dem Abrüstungsfiasko

Die Unfruchtbarkeit der Genfer Abrüstungsdebatten, das heißt die französische Sabotierung jeder Rüstungsbeschränkung und die englische Zweideutigkeit, die keinerlei praktische Folgerungen aus der scharfen Rede Hendersons zu ziehen wagte, beschäftigt die öffentliche Meinung in beiden Ländern auch weiter in sehr bezeichnender Weise. Den Franzosen ist es in erster Linie darum zu tun, die eigene starre Ablehnung gegen eine Rüstungsverminderung mit der internationalen Lage, in erster Linie mit der von Deutschland drohenden „Revanchegefahr" und dem „italienischen Expansionsdrang" zu rechtfertigen. So schreibt der „Matin":

„Ist Graf Bernstorff wirklich der Ansicht, daß sich in den letzten Monaten nichts geändert hat? Der Versailler Vertrag selbst bestimmt, daß die vorhandenen Sicherheitsbedingungen eine große Rolle bei der Beurteilung der Möglichkeiten für eine allgemeine Abrüstung spielen sollen. Ist Graf Bernstorff der Ansicht, daß die Sicherheit in Europa die gleiche bleibt, nachdem 223 Abgeordnete, die Anhänger des Revanchekriegs, der Schuldenstreichung oder der sozialen Revolution sind, in den Reichstag eingezogen sind? Ich spreche nicht von sonstigen europäischen Erscheinungen, von den Reden Mussolinis, dem Dumping der Sowjetunion, der wirtschaftlichen Krise in der ganzen Welt, der Evolution Oesterreichs auf eine Monarchie hin, von mehreren anderen Tatsachen geringerer Bedeutung, die aber dennoch ihre Rolle spielen. Da man sich aber in der besonderen und etwas eklatistischen Atmosphäre des Völkerbundes befindet, hat sich niemand erhoben, um diese sehr ernsten Ursachen aufzuzählen, die ein Land wie Frankreich veranlassen können, gegenwärtig nicht abzurüsten."

Wesentlich anders ist die Tonart der englischen Blätter, die sich mit der Abrüstungsfrage befassen. Aber auch hier ist man nur zu sehr geneigt, für die Unzulänglichkeit der eigenen Politik das letzte deutsche Wahlergebnis verantwortlich zu machen. Seltsam mischt sich Richtiges und Falsches in einem Leitartikel der „Times", in dem es heißt:

Eine Besserung der französisch-italienischen Beziehungen würde in großem Maße die allgemeine Beunruhigung beschwichtigt haben, die durch das Ergebnis der deutschen Wahlen erzeugt worden ist. Ohne eine Regelung der französisch-italienischen Flottendifferenzen bestehe keine Hoffnung auf allgemeine Abrüstungsvereinbarungen. Der Ton der Erörterung der Abrüstungsfrage in der Völkerbundsversammlung sei eine Warnung, daß die öffentliche Meinung wegen der fortwährenden Verzögerung in der Arbeit der vorbereitenden Kommission und in dem Zusammentreten der lang versprochenen Abrüstungskonferenz ungeduldig wird. Nach Ansicht des Blattes hat die Sache der Abrüstung durch den Wahlerfolg der Nationalsozialisten einen ernsten Rückschlag erlitten. Wenn sechs Millionen Deutsche für eine vertragsfeindliche Partei stimmen, so sei es klar, daß dies nur die Abneigung der Franzosen, sich zu einer ernsten Verminderung ihrer militärischen und Flottenstärke zu verpflichten, stärken könne (!). Die Nationalsozialisten würden, so schließt das Blatt, niemals solchen Zulauf in Deutschland erhalten haben, wenn während der elf Jahre seit Unterzeichnung des Friedensvertrages die Signatarmächte eine wirkliche Entschlossenheit gezeigt hätten, die Verpflichtungen des Artikels 8 auszuführen.

Mit sehr viel mehr Unvoreingenommenheit behandelt der „Manchester Guardian" diesen außenpolitischen Kompleg. Der Genfer Korrespondent des Blattes gibt vor allem einen sehr ausführlichen und interessanten Stimmungsbericht:

„Lord Cecils Rede hat einen schmerzlichen Eindruck auf alle Anhänger der Abrüstung gemacht, denn sie unterschied sich von der Rede Hendersons vom 14. September derartig, daß sie vermuten läßt, daß sich die Politik der britischen Regierung in den letzten vierzehn Tagen geändert habe. Die Franzosen freuen sich über diesen vermeintlichen Wechsel der Politik, und die Deutschen sind beunruhigt. In britischen Kreisen wird halbamtlich erklärt, die von Lord Cecil bezeichnete Politik sei die Politik der britischen Regierung. Wenn dies der Fall ist, so wäre es besser gewesen, wenn Henderson nicht durch seine feste Sprache falsche Hoffnungen erweckt hätte. Die Deutschen sagen unumwunden, daß sie wieder einmal getäuscht worden sind, und sie sind berechtigt, das zu sagen. Am verbreitetsten, so heißt es in dem Bericht weiter, ist die Auffassung, daß der Rückzug der britischen Delegation durch den endgültigen Zusammenbruch der französisch-italienischen Marineverhandlungen veranlaßt worden ist. Ein anderer Grund, der genannt wird, ist das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen. Aber eine solche Erklärung unterschätzt die Intelligenz der britischen Regierung. Gerade dieses Wahlergebnis ist ein weiterer Grund für allgemeine Abrüstung, die den deutschen Nationalisten den Wind aus den Segeln nehmen würde. Andererseits würde ein weiterer Aufschub der allgemeinen Abrüstung von Deutschland unvermeidlich mit der Forderung nach Beseitigung der einseitigen Abrüstungsverpflichtungen beantwortet werden, und es wird sehr schwer sein, einer solchen Forderung Widerstand zu leisten.

Wieder polnische Militärflugzeuge über deutschem Gebiet.

Königsberg i. Pr., 27. September.

Wie aus Marienwerder gemeldet wird, flogen am Freitag gegen 17 Uhr zwei polnische Militärflugzeuge aus Richtung Graudenz kommend in 300 Meter Höhe an der Weichsel entlang. Ueber der deutschen Ortschaft Russenau machte ein Militärflugzeug eine Schleife, worauf beide Flugzeuge wieder in Richtung Graudenz verschwanden. Die polnischen Hoheitszeichen konnten einwandfrei festgestellt werden.

— **Der deutsche Botschafter in Washington Dr. v. Prittwitz und Gaffron** ist in Berlin eingetroffen und wird sich etwa acht Tage hier aufhalten.

Unter Sichel und Hammer.

Steigende Lebensmittelnot — steigende Spannung in Rußland.

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter.)

Moskau, im September 1930.

Besser als alle langen Erörterungen kennzeichnet der Umstand die starke wirtschaftliche und politische Spannung in Rußland, daß die Sowjetregierung im kommenden Wirtschaftsjahr 1930/31 die Ausfuhr von Lebensmitteln einzustellen beschlossen hat. Die Lebensmittelausfuhr spielte in den letzten Jahren im russischen Export eine relativ sehr große Rolle und trotz der steigenden Lebensmittelnot im Lande wurde die Ausfuhr von Eiern, Butter, Fleischprodukten und dergleichen mit allen Mitteln forciert.

Tatsächlich ist gerade in letzter Zeit eine neue Verschärfung der russischen Lebensmittelkrise zu verzeichnen. Mit großer Sorge blickt der Sowjetbürger, vor allem der Bewohner der Großstädte und Industriezentren in die Zukunft, denn der Winter verspricht an Entbehrungen noch reicher zu sein als in den vorhergehenden Jahren. Nach kurzer Unterbrechung sieht man wieder in Moskau endlose Schlangen vor den Lebensmittelläden und zwar in erster Linie vor den Fleischereien. Nicht selten stellen sich die Werktanden bereits in der Nachtzeit vor den Läden an. Viele, die ihre Zeit nicht verschwenden können, bleiben überhaupt ohne Fleisch. Der Fleischmangel in Moskau hat sich im September dermaßen verschärft, daß die Moskauer Stadtverwaltung gezwungen wurde, alle Fleischkartenabschnitte bis zum 19. September für ungültig zu erklären und einzuziehen, so daß die Septemberration an Fleisch erst am 22. September zur Verteilung gelangt.

Auch der Brotmangel hat zugenommen, und im September ist Moskau zeitweilig ohne Brot geblieben. Die Sowjetpresse erklärt beruhigend, daß dies auf den starken Zustrom der Studenten in die Sowjethauptstadt anläßlich des Semesterbeginns zurückzuführen sei. Da aber die Stockungen des Brotverkaufs noch weiter anhalten, so müssen andere Ursachen für die Verschärfung der Brotkrise vorliegen als die paar Tausend Sowjetstudenten, die auf dem Gebiete des Hungerns eine beispiellose Virtuosität erreicht haben. Die Qualität des Brotes ist, wie man auch täglich in der Sowjetpresse lesen kann, überaus schlecht. Im Brot findet man Lumpen, Watte, Holzstücke, Nägel, Schienleder, Abfälle usw., sogar Steine im Gewicht von 1 bis 2 kg. Hunderte, ja Tausende von Pud Brot müssen immer wieder als nicht genießbar anerkannt werden. In sanitärer Beziehung sind die Bäckereien keineswegs auf der Höhe. Die einzelnen Sowjetzeitungen und Wirtschaftsorgane entsenden sogenannte „Arbeiterbrigaden" in Speisehallen und Lebensmittelbetriebe zur Revision der Qualität der Speisen und Erzeugnisse. Bisher haben diese Arbeiterbrigaden nur reiches Material über die schlechte Qualität der Lebensmittel gesammelt; eine Besserung der Qualität der Lebensmittel ist jedoch auch nach diesen Feststellungen, die in der Sowjetpresse ungeheures Aufsehen erregten, nicht zu verzeichnen. Die letzte Untersuchung des Bäckereiwesens in Moskau hat sogar erwiesen, daß rund 40 Prozent des täglich gebackenen Brotes schlechter Qualität sind.

Eine Verschärfung hat auch die bereits seit längerer Zeit anhaltende Gemüsekrise erfahren. Wie die Sowjetpresse berichtet, besteht für das Ural-gebiet die Gefahr, im Winter ohne Gemüse zu bleiben. Der Jahresplan der Bereitstellungen von Kartoffeln ist bisher nur zu 1,7 Prozent, der von Kohl zu 4,8 Prozent durchgeführt. Der Augustplan der Gemüsebereitstellungen ist nur zu 10 Prozent durchgeführt worden. Die Gemüseversorgung des ebenfalls überaus wichtigen Industriegebiets, des Donezkohlenbeckens, hat im September eine sehr starke Verschlechterung zu verzeichnen. Die für September vorgesehenen Gemüselieferungen werden voraussichtlich erst ab Oktober erfolgen können, und auch dann nur mit den größten Stockungen.

Gleichzeitig ziehen die Preise für Lebensmittel ständig an. Ein Sack Kartoffeln (3 Pud) kostet beispielsweise in Saratow im Wolgagebiet 20 Rubel gegenüber 1 Rubel vor dem Kriege, ein Pud Weizenmehl 35 Rubel, ein zwei Monate altes Ferkel kostet in Charkow 120 Rubel, ein Pfund Landbutter 10 Rubel, ein Pfund Aepfel 2 Rubel. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung kann diese Preise selbstverständlich nicht bezahlen, um so mehr als die Lohn- und Gehaltszahlungen vielfach erst mit großer Verspätung vorgenommen werden; so ist beispielsweise den staatlichen Angestellten in Charkow ihr Augustgehalt zum Teil immer noch nicht ausgezahlt worden.

Schwieriger als früher gestaltet sich auch die Versorgung mit Kleidern, Wäsche, Schuhen und mit den in Rußland so wichtigen Gummischuhen. In vielen Städten, darunter vor allem in Charkow, sind diese Waren aus dem freien Handel restlos verschwunden. Ein Anzug durchschnittlicher Qualität kostet in Moskau rund 500 Rubel, dabei ist zu bedenken, daß das mittlere Gehalt eines Sowjetangestellten 250

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der Handel mit dem Osten

(Nr. 39)